

VR-10 Schengen retten: Schlagbäume in Europa in die Geschichtsbücher verbannen (V-50, V-104 geeint)

Gremium: KV Warendorf, Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick) u.a.
Beschlussdatum: 18.10.2024
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

1 Seit 16. September hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser an allen
2 bundesdeutschen Grenzen stationäre Grenzkontrollen veranlasst. Bundeskanzler
3 Olaf Scholz bezeichnete diese Maßnahme als „kleinen Baustein einer ganz großen
4 Mauer“. Ein vielsagender Satz, den er später zurücknahm.
5
6 Durch die Wiedereinführung stationärer Grenzkontrollen droht dauerhafter Schaden
7 für die europäische Freizügigkeit, ohne dass die Grenzkontrollen die
8 ausgegebenen Ziele erreichen.
9
10 Das Streben nach einem geeinten Europa der Freizügigkeit und gelebten
11 Nachbarschaft zählt zu den Grundfesten unserer bündnisgrünen Politik und
12 Überzeugung. Gerade in Deutschland, im Herzen Europas, ist das Miteinander mit
13 unseren Nachbarn Alltagsrealität der Menschen - besonders in den Grenzregionen.
14 Dass sich Menschen ganz selbstverständlich grenzübergreifend bewegen können, um
15 zur Arbeit zu gehen, einzukaufen oder Freunde zu treffen, ist die Errungenschaft
16 eines jahrzehntelangen europäischen Einigungsprozesses. Es ist die Grundlage für
17 Wohlstand und Frieden in unserem Land, wofür wir mit ganzer Kraft eintreten.
18
19 Wir wollen nicht dabei zuschauen, wenn Stück für Stück die Steine aus dem
20 Fundament unseres Wohlstands und unserer Freiheit gerissen werden.
21
22 Wir kritisieren, dass das Bundesinnenministerin ohne Absprache mit den EU-
23 Partnern oder der EU Kommission zu solchen Maßnahmen gegriffen hat. Stationäre
24 Grenzkontrollen sind kein geeignetes Mittel, um irreguläre Migration zu
25 reduzieren, wie oft behauptet wird.
26
27 Vielen Menschen ist nicht bewusst, dass Asylsuchende durch Grenzkontrollen gar
28 nicht abgehalten werden und werden dürfen. An jeder Grenzkontrolle kann Asyl
29 beantragt werden, weil das zu den Grundlagen eines Rechtsstaats gehört. Doch zu
30 viele politische Akteure spielen wecken falsche Erwartungen in der Bevölkerung,
31 statt die Realität zu erklären und realistische Maßnahmen vorzuschlagen.
32
33 Wir lehnen dauerhafte stationäre Grenzkontrollen an EU-Binnengrenzen ab. Sie
34 schränken nicht nur die Reisefreiheit, sondern das Miteinander und den Alltag
35 der Menschen in den Grenzregionen ein. Wir teilen die Sorge von Unternehmen um
36 wirtschaftliche Nachteile und erkennen keinen Nutzen bei der Verbesserung der
37 Sicherheit. im Gegenteil: Wenn Polizeibeamte in ineffektiven Maßnahmen gebunden
38 sind, statt effektiv eingesetzt zu werden, verschlechtern stationäre
39 Grenzkontrollen die Sicherheitslage in Deutschland.
40
41 Stationäre Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen sind abseits besonderer
42 Ausnahmefälle eine symbolpolitische, ineffektive und europarechtswidrige
43 Maßnahme. Das lenkt nicht nur von den eigentlichen Herausforderungen und

39 Lösungen ab, sondern gefährdet auch die Sicherheit. Statt auf dauerhafte,
40 stationäre Kontrollen sollten alternative Maßnahmen wie mobile Kontrollen oder
41 eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit gesetzt werden.

42 Durch eine engere Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und
43 Nachrichtendiensten wollen wir eine starke europäische Antwort auf die
44 grenzüberschreitenden Bedrohungen durch Kriminalität und Terrorismus geben. Wir
45 Grünen schlagen deshalb beispielsweise die Gründung einer Europäischen
46 Nachrichtendienstagentur vor und die von uns seit Jahren geforderte europäische
47 Gefährderdatei darf nicht weiter verzögert werden.

48 Es wäre zudem an der Zeit, endlich den Druck auf die Außengrenzstaaten zu
49 erhöhen, damit an den Außengrenzen endlich wieder systematisch rechtsstaatliche
50 Kontrollen stattfinden. Viele EU-Staaten werden sich sonst weiterhin weigern,
51 Menschen systematisch zu registrieren und die Außengrenzen trotz geeigneter
52 Mittel rechtsstaatlich zu kontrollieren. setzen stattdessen auf illegale
53 Pushbacks und Gewalt. Eine Strategie, die nun auch in Deutschland diskutiert
54 wird. Dabei führen die Rechtsbrüche durch EU-Staaten an den Außengrenzen eben
55 nicht zu einem besser organisierten Asylsystem, sondern zu Chaos und
56 Leid. Vertragsverletzungsverfahren durch die Bundesregierung könnten dazu
57 beitragen, diesen Druck zu erhöhen und Rechtsbrüche der EU-Staaten zu
58 sanktionieren.

59 Der europarechtswidrige Vorschlag von Friedrich Merz, Menschen aus Syrien und
60 Afghanistan systematisch zurückzuweisen, ist eine direkte Folge solcher falschen
61 Versprechungen: Da Asylanträge sich rechtsstaatlich bei Grenzkontrollen gar
62 nicht reduzieren lassen, werden immer steilere Forderungen aufgestellt, die
63 liberale Demokratien schnell gar nicht mehr erfüllen können. Damit treibt die
64 Debatte Erwartungen voran, die nur die Feinde der Demokratie einlösen können.

weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Julian Pahlke (KV Leer/Ostfriesland); Marcel Emmerich (KV Ulm); Alexandra Geese (KV Bonn); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Astrid Rothe-Beinlich (KV Erfurt); Stella Alexandra Weißenburg (KV Berlin-Neukölln); Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Vanessa Alexa John (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Anna Steinmetzer (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Isabel Adler (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Alicia Mankel (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Kim Theisen (KV Koblenz); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); sowie 172 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.